

Rucht, Dieter

Article — Published Version

Neuere kapitalismuskritische und antikapitalistische Bewegungen

Forschungsjournal Soziale Bewegungen

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Rucht, Dieter (2016) : Neuere kapitalismuskritische und antikapitalistische Bewegungen, Forschungsjournal Soziale Bewegungen, ISSN 2365-9890, De Gruyter, Berlin, Vol. 29, Iss. 3, pp. 121-134,
<https://doi.org/10.1515/fjsb-2016-0231>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/169379>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Neuere kapitalismuskritische und antikapitalistische Bewegungen

Dieter Rucht

1 | Renaissance der Kapitalismuskritik?

Antikapitalistische Kritik und mit ihr auch antikapitalistische Bewegungen haben die Entstehung des modernen Kapitalismus von Anfang an begleitet. Das geschah allerdings in deutlichen Wellenbewegungen – mit markanten Unterschieden hinsichtlich der räumlichen Verbreitung, sozialen Verankerung, von Vor-

stellungen sozialer Ordnung und politischen Strategien. Eine Hochphase erlebte diese Kritik in vielen Teilen Europas im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert. In den 1950er und frühen 1960er Jahren war ein Rückgang dieser Strömungen, verbunden mit einer Mäßigung kapitalismuskritischer Positionen, zu verzeichnen. Diese Entwicklung bot wiederum einen

Grund für das Aufkommen einer neuen Welle des Antikapitalismus in Gestalt der quantitativ eher schwachen, aber theoretisch wie politisch sehr profilierten Neuen Linken und der von ihr geprägten und mit getragenen außerparlamentarischer Oppositionsbewegungen. Diese Welle kulminierte in den späten 1960er Jahren. Sie ließ auch die traditionelle, von der Arbeiterschaft getragene Linke nicht unberührt. Die Rede war von einem *Resurge of Class Conflict in Western Europe Since 1968* (Crouch/Pizzorno 1978), wovon allerdings Deutschland weitgehend ausgespart blieb.

Die Energien und das Personal der sich bald aufsplittenden Oppositionsbewegungen flossen in Deutschland in sehr unterschiedliche Kanäle: den Linksterrorismus, sektiererische K-Gruppen, die Sozialdemokratie sowie die anhebende Welle von Bürgerinitiativen und sog. neuen sozialen Bewegungen. Das kapitalismuskritische Element war in allen diesen Spaltprodukten präsent, wenngleich in unterschiedlichen Ausformungen und Intensitätsgraden, so als dezidiert Antikapitalismus in den kommunistischen Gruppen (Koenen 2001), als meist moderate Kapitalismuskritik dagegen in den neuen sozialen Bewegungen.

Diese Teilströmungen haben sich in der Folge aufgelöst oder sind zumindest schwächer geworden. Die K-Gruppen erstickten aus Sauerstoffmangel. Den Linksterrorismus besiegelten staatliche Repression und der allmähliche Gesinnungswandel vormaliger Sympathisantenkreise. Die Sozialdemokratie schliff den Zuwanderern von linksaußen allmählich die Kanten ab. Die neuen sozialen Bewegungen hatten dagegen einen längeren Atem und bestehen bis heute fort, sind jedoch in Teilen altersmüde und altersmilde geworden. Selbst die Linksautonomen, die die antikapitalistische Bewegungsfahne ausdauernd geschwungen haben, sind teilweise eingeschlafen; andere ihrer Aktivisten haben an Schwung verloren oder sind in neue Kreise, etwa die Interventionistische Linke, eingesickert. Obgleich handfeste Indikatoren fehlen, kann davon ausgegangen werden, dass die in ihrer Vielgestalt nur ange-deuteten kapitalismuskritischen Bewegungen

in der Spanne von den frühen 1970er Jahre bis etwa Mitte der 1990er Jahre an Bedeutung verloren haben.

Gegen Ende dieser Auszehrungs- und Zerfallsprozesse sind allerdings kapitalismuskritische Bewegungen eines etwas anderen Zuschnitts aufgekommen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang globalisierungskritische Bewegungen, Occupy-Bewegungen, Anti-Austerity-Bewegungen, das Blockupy-Netzwerk und eine neue Generation von Antifa-Gruppen, die sich rechtspopulistischen und rechtsradikalen Gruppierungen entgegenstellen.

Was hat sich da getan? Welche Hintergrundfaktoren bringen diese Bewegungen hervor und treiben sie an? Wie lässt sich dieses Feld sortieren und systematisieren? Und schließlich: Welche Veränderungen im Vergleich zu Vorgängerbewegungen zeichnen sich ab? Diesen Fragen soll zumindest ansatzweise nachgegangen werden.

In einem ersten Teil werde ich eine allgemeine Systematik kapitalismuskritischer Positionen vorstellen. Im zweiten Teil skizziere ich die Entwicklung neuerer kapitalismuskritischer Bewegungen einschließlich der Verschiebungen ihrer Größenordnungen und Positionen, um diese Bewegungen dann innerhalb eines politisch-ideologischen Koordinatensystems zu verorten. Im dritten Teil wird kurz der Zusammenhang von Kapitalismuskritik und Zivilgesellschaft erörtert, um dann, viertens, ein kurzes Resümee zu präsentieren. All dies bleibt notgedrungen skizzenhaft, beruht nicht auf eingehenden Recherchen oder gar „harten“ Daten. Insofern mag diese Darstellung auch zu Kritik und Widerspruch reizen.

2 | Zur Systematik kapitalismuskritischer Bewegungen

So wie der Kapitalismus bestimmte historische Ausprägungen angenommen hat (etwa als liberaler und organisierter Kapitalismus), so besteht auch die Kapitalismuskritik in unterschiedlichen Varianten (etwa als utopischer Sozialismus, dialektischer Materialismus, sozialdemokratischer Revisionismus, Neomarxismus

usw.). Die Einzelheiten dieser Entwicklung in all ihren Verästelungen sind selbst für Spezialisten kaum überschaubar. Eine einfache und grobe Orientierung bietet allerdings die Unterscheidung zwischen Kapitalismuskritik und Antikapitalismus.

Kapitalismuskritik bedeutet nicht, jedenfalls nicht zwangsläufig, eine kategorische Ablehnung des Kapitalismus, sondern eine Kritik an bestimmten Formen und insbesondere Auswüchsen des Kapitalismus, den es einzuhegen, zu zügeln, zu reformieren gelte. Rein begrifflich aber kann Kapitalismuskritik aber auch eine Überwindung bzw. Aufhebung des Kapitalismus zum Ziel haben, also eine strikt antikapitalistische Position beinhalten. Wird diese Differenz markiert, so signalisiert Kapitalismuskritik eine deutlich weniger radikale Position als die des Antikapitalismus. Kapitalismuskritiker können den Kapitalismus im Prinzip, wenngleich nicht in seiner konkreten Ausformung, befürworten und mehr oder weniger radikale Reformen anstreben. Kapitalismuskritik mag dann ein Bekenntnis zur Sozialwirtschaft, eine Zurückweisung des Neoliberalismus oder die Unbestimmtheit des globalisierungskritischen Slogans „Another world is possible“ beinhalten. Dagegen wollen Antikapitalisten nicht reformieren, sondern abschaffen oder gar zerschlagen. Entsprechend heißt es auf manchen ihrer Banner „Smash capitalism“.

Die Differenz von Kapitalismuskritik und Antikapitalismus ist für eine Zuordnung sozialer und politischer Bewegungen wichtig, aber zugleich eindimensional. Angemessener, wenngleich noch immer grobschlächtig, erscheint eine Systematisierung anhand zweier Achsen. Die erste Achse wird durch den strategischen Gegensatz von Reform und Revolution gebildet, wobei, empirisch gesehen, Kapitalismuskritiker im erläuterten Alltagsverständnis eher einer reformerischen Strategie, Antikapitalisten eher, aber keineswegs zwingend, einer revolutionären Strategie zuneigen. Die zweite Achse indiziert die bevorzugte Organisation der kapitalismuskritischen kollektiven Träger. Hierbei steht ein Pol für die Bevorzugung horizontaler (bzw. egalitärer) Strukturen, der

Gegenpol für die Bevorzugung vertikaler (bzw. hierarchischer) Strukturen.

Damit wird ein politisch-ideologischer Raum der Kapitalismuskritik aufgespannt. Einzelne Theoretiker, insbesondere „organische Intellektuelle“ linker Bewegungen, aber auch Gruppen, Strömungen und Teilbewegungen, lassen sich in diesem Raum verorten. Beispielsweise verfochten Vladimir Lenin und Rosa Luxemburg gleichermaßen eine revolutionäre Linie, aber nahmen im Hinblick auf die Organisation der Arbeiterklasse durchaus unterschiedliche Positionen ein. Während Lenin mit dem Prinzip der Avantgarde einen Führungsanspruch der hierarchisch gegliederten kommunistischen Partei gegenüber der Arbeiterklasse verfocht, lehnte Luxemburg einen derartigen Anspruch ab und betonte die Selbsttätigkeit der Arbeiter, wenngleich auch sie die Notwendigkeit von Organisation hervorhob. Unterschiedliche Positionen im Hinblick auf die vieldiskutierte, bis heute umstrittene „Organisationsfrage“ (Bilgik et al. 1931; Dutschke/Krahl 1967) wurden auch im reformsozialistischen Lager vertreten, wobei die sozialdemokratische Führung in Deutschland nach 1918 den Wert der Parteidisziplin betonte und eine hierarchische Struktur durchsetzte, was ihr wiederum die Kritik von Robert Michels und anderen bewegungsnahen Theoretikern bescherte.

Die Systematik dieses durch zwei Achsen strukturierten Feldes ist allerdings nicht dazu geeignet, spezifischere Aspekte und ideologische Positionen abzubilden – etwa die Differenzen zwischen Lenin und Trotzki innerhalb des kommunistischen Lagers oder die Streitpunkte zwischen individuell-libertären, kommunistischen, anarcho-syndikalistischen und einigen weiteren Vertretern des Anarchismus. Zudem werden inhaltliche Positionen nicht durch die beiden Achsen, sondern auch durch das jeweilige Welt- und Menschenbild, durch generelle politische Einschätzungen (etwa der Rolle des Staates) und die angestrebten Entwürfe sozialer Ordnung markiert. Solche Positionen tragen zur Konstruktion einer nach außen wie nach innen hin behaupteten politisch-ideologischen Identität bei. Damit verbinden sich nicht nur

Debatten, sondern teilweise erbitterter Streit, Abspaltungen, in autoritären bzw. diktatorischen Regimen auch „Säuberungsaktionen“, in denen angebliche oder tatsächliche „Abweichler“ im Wortsinne kaltgestellt werden. Das steht in starkem Kontrast zu dem fast alle linken Bewegungen kennzeichnenden Ruf nach Einheit und Solidarität.

Bezieht man die vorgestellte grobe Systematik nicht primär auf einzelne Personen, sondern auf Gruppen und Strömungen, so lassen sich einige von diesen in illustrativer Absicht verorten (Abbildung 1). Eine genauere und vor allem historische Phasen einbeziehende Betrachtung würde eine dichte Besetzung des gesamten Feldes ergeben und äußerst unübersichtlich werden.

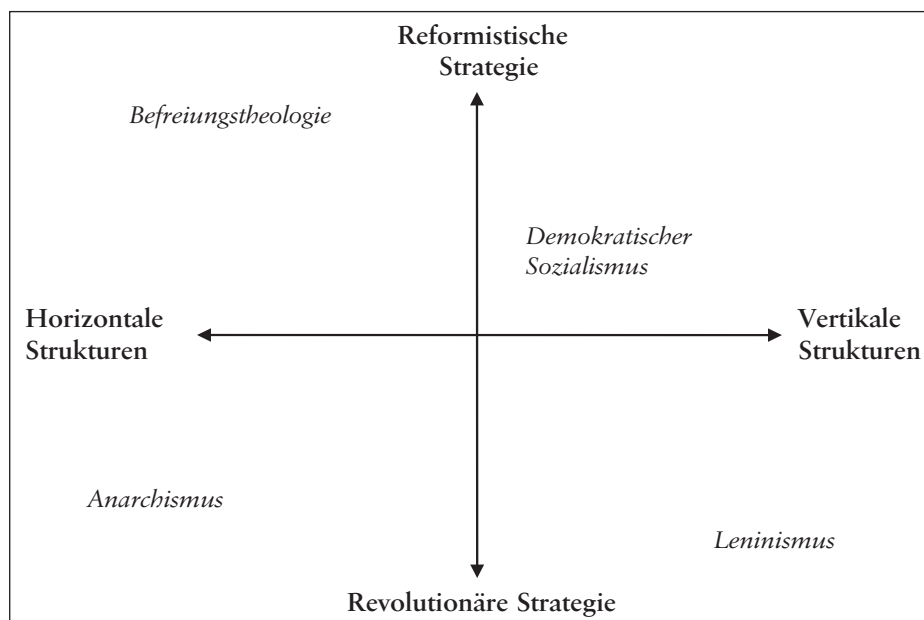
3 | Verlauf und Verortung zeitgenössischer kapitalismuskritischer Bewegungen

In Deutschland und vergleichbaren Ländern finden sich bis heute kapitalismuskritische Bewegungen unterschiedlicher Größenordnungen, die sich explizit, teilweise schon in

ihrer Namensgebung, auf historische Vorläuferbewegungen und mit diesen verbundene Exponenten berufen: Da gibt es Marxisten, Leninisten, Trotzlisten, Gramscianer, sogar selten gewordene Stalinisten und Maoisten. Im weit verzweigten anarchistischen Lager existieren kleine Zirkel, die sich auf Bakunin, Stirner, Landauer und andere berufen. Auch im reformsozialistischen Lager einschließlich des christlichen Sozialismus finden sich Rekurse auf historische Gewährsleute.

Im Verlauf der letzten Jahrzehnte hat allerdings die Neigung zu strikter historischer Gefolgschaft, zu ausufernden Theoriendebatten und zu scharfen Abgrenzungen abgenommen. Teilweise werden historische Theorien als gänzlich verstaubt und unbrauchbar abgelegt. Teilweise wird der historische Theoriebestand als ein Steinbruch behandelt, aus dem man Stücke entnimmt und sich nicht sonderlich um deren Vereinbarkeit schert. Daneben aber gibt es auch die Tendenz, sich neuen, meist rasch aufgekommene linken Fixsternen zuzuwenden, welche allerdings oft schnell wieder verglühn. Man betrachte unter diesem Gesichtspunkt

Abbildung 1: Typologie kapitalismuskritischer Strömungen



etwa die Rezeptionsgeschichte von Hardt und Negris *Empire*, von Masons *Postkapitalismus*, Slavoj Žižeks *Trouble in Paradise* und Mark Fishers *Capitalist Realism*. Größere Beachtung finden zudem die theoretisch inhaltsamen gesellschaftskritischen Pop-Produktionen von Autoren wie Noam Chomsky, Walden Bello, Naomi Klein, Michael Moore und Jean Ziegler, die fast alle der aufsteigenden Occupy-Bewegung applaudiert haben, aber wenig über deren Niedergang (dazu Rucht 2013) zu sagen wussten. Im Weiteren soll es jedoch nicht um prominente zeitgenössische Kapitalismuskritiker, sondern um neuere kapitalismuskritische Kampagnen und Bewegungen seit den 1990er Jahren gehen.

Der Wandel kapitalismuskritischer Strömungen und die Verschiebungen ihrer Gewichte im Zeitverlauf werden erst vor dem Hintergrund sich verändernder gesellschaftlicher und polit-ökonomischer Rahmenbedingen verständlich. Schlagwortartig sei hier verwiesen auf das Aufkommen neokonservativer Kräfte ab den späten 1970er Jahren, gefolgt von einer massiven neoliberalen Offensive mit einer rund zehnjährigen Hochphase etwa ab Mitte der 1990er Jahren, auf die rasch voranschreitende wirtschaftliche Globalisierung, den Zusammenbruch des „realen Sozialismus“, auf die Ermüdungs- und Aufweichungstendenzen der lange einflussreichen Sozialdemokratie gegen „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ (Dahrendorf 1983: 16f.), auf den Bedeutungsverlust von Nationalstaaten im Hinblick auf wirtschaftliche Steuerungsmaßnahmen, die wachsende soziale Ungleichheit auf nationaler wie globaler Ebene, auf die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007/08 und auf eine in vielen Ländern verfolgte – teilweise von der Sozialdemokratie mit getragene – Austeritätspolitik.

Diese Tendenzen schienen zunächst unaufhaltsam. Sie begünstigten pro-kapitalistische Positionen und Interessengruppen, die sich bereits als Sieger der Geschichte fühlen konnten. Beginnend in den 1990er Jahren und definitiv seit der Finanzkrise ab 2007 wurden jedoch die Kehrseiten dieser Entwicklungen offenkundig. Dies führte zu einer erstaunlichen Wiederkehr

kapitalismuskritischer und dezidiert antikapitalistischer Strömungen (z.B. Callinicos 2004; Robinson 2004; McNally 2006), deren Neuigkeitswert allerdings bescheiden ausfällt (dazu Rucht 2004).

Sozialdemokratie, Gewerkschaften, Linkspartei

Der quantitativ bedeutsamste Träger der Kapitalismuskritik in den europäischen Kernländern in den letzten Jahrzehnten waren und sind die Sozialdemokratie und ihr nahestehende Gewerkschaften und sonstige Verbände. Allerdings handelt es sich hierbei um eine sehr gedämpfte Form von Kapitalismuskritik, angefangen von einer minimalistischen Kritik des rechten Flügels, der das Modell der sozialen Marktwirtschaft verteidigt, bis hin zu minoritären sozialistischen und antikapitalistischen Positionen, die zudem im Zeitverlauf, zumindest in Deutschland, nahezu bedeutungslos geworden sind. Solche antikapitalistische Positionen sind allerdings in einigen anderen Ländern, wo die Polarisierung zwischen Links und Rechts ausgeprägter ist (z.B. Frankreich) oder sich teilweise auch vormals kommunistische Organisationen in sozialdemokratische transformiert haben (z.B. Italien), deutlich stärker.

In Deutschland hatte die zunehmend wirtschaftsfreundliche, in Teilen sogar neoliberale Linie der Sozialdemokratie (verbunden mit den Schlagworten „Neue Mitte“ und „Dritter Weg“) allerdings den ungewollten Effekt, dass ihr mit der aus der PDS hervorgegangenen Partei „Die Linke“ ein offensiv auftretender Konkurrent erwuchs. Dieser besteht seinerseits aus zwei Lagern: zum einen der eher pragmatisch auftretende, insgesamt dominante reformsozialistische Flügel, der sich teilweise als die „bessere“, weil an ihren Wurzeln festhaltende Sozialdemokratie versteht; zum anderen ein sozialistischer Flügel, dem auch die parteiinterne „Kommunistische Plattform“ zugerechnet werden kann. Die DGB-Gewerkschaften spiegeln in ihren ideologischen Positionen und deren quantitativer Verteilung ungefähr die Muster der Sozialdemokratie, wenngleich hier die kapitalismuskritische Rhetorik etwas prägnanter

zum Ausdruck kommt, sind doch die Interessengegensätze zur Kapitaleseite konstitutiv und deshalb Elemente sozialer Bewegung noch vorhanden, während die Sozialdemokratie, zumal in Regierungsverantwortung, stärker auf Ausgleich und Kompromisse bedacht ist und sich „staatstragend“ gibt.

Globalisierungskritische Bewegungen

Die Wanderung der Sozialdemokratie hin zur politischen Mitte in Verbindung mit sich verschärfenden sozialen Ungleichheiten im Gefolge neoliberaler Globalisierung bildeten einen wesentlichen Faktor für das Aufkommen linker globalisierungskritischer Bewegungen (engl. Global Justice Movements oder Global Solidarity Movements), die gelegentlich auch als „movement of movements“ bezeichnet werden. Ihre Vorläufer reichen mindestens bis in die 1980er Jahre zurück. Größere Aufmerksamkeit erlangten diese Bewegungen jedoch erst um die Jahrtausendwende vor allem mit zwei Ereignissen: der Mobilisierung gegen die WTO-Konferenz in Seattle 1999 und dem 2001 erstmals stattfindenden Weltsozialforum, das den Auftakt für die auf allen Kontinenten entstandene Sozialforumsbewegung bildete (Rucht 2011).

Für die Kampagne in Seattle war das Bündnis zwischen den sich wieder politisierenden Gewerkschaften und anderen, eher im Reproduktionsbereich angesiedelten Bewegungen kennzeichnend. Ähnliche Kampagnen gegen internationale Gipfeltreffen folgten. Die Sozialforumsbewegungen bildeten ein breites thematisches und politisch-ideologisches Sammelbecken. Darin überwogen Gruppen der undogmatischen Linken, die einen offenen linken Pluralismus vertraten und vor allem auf konkreten Erfahrungsaustausch und themengebundenen Kampagnen setzten. Innerhalb des Forumsrahmens sahen sich diese Gruppen der Kritik von zwei Minderheitsströmungen ausgesetzt: Auf der einen Seite standen die traditionellen, in Gewerkschaften und Parteien verankerten Linken (darunter auch solche leninistischer und trotzkistischer Ausrichtung); sie beklagten den Jahrmarktscharakter des

Forums, das, repräsentiert durch die Mehrheitsfraktion innerhalb des International Council als dauerhaftem Steuerungsgremium neben den jeweiligen örtlichen Veranstaltern, sich nicht auf eine Hierarchie von Zielen und eine kämpferische, für alle Beteiligten verbindliche (revolutionäre) Strategie festlegen wollte. Auf der anderen Seite standen autonome, meist von Jugendlichen getragene Graswurzelbewegungen, die das Forum als eine von hierarchischen Organisationen dominierte Veranstaltung kritisierten; sie setzten dagegen ihre Vorstellungen von „horizontalen“ egalitären Strukturen und versammelten sich innerhalb der Foren in separaten „autonomous spaces“ (Juris 2005).

Die sehr heterogene Forumsbewegung war zumindest vorübergehend, insbesondere in den Jahren 2003 bis 2006, ein wichtiger Bestandteil des weiter gespannten und losen Verbunds globalisierungskritischer Bewegungen, der einen Teil der neuen sozialen Bewegungen absorbierte, teilweise aber auch eine neue Generation junger Aktivisten anzog, die sich von traditionellen linken Gruppierungen, insbesondere Parteien, fernhalten wollten. Ein wichtiges und stabilisierendes Element innerhalb der globalisierungskritischen Bewegungen bildete das Netzwerk attac, das überwiegend in westlichen Ländern Fuß fassen konnte. Ein zweites Element bestand aus herkömmlichen linken Parteien und Gewerkschaften verschiedener ideologischer Schattierungen. Ein drittes Element verkörperten die autonomen, zum Teil auch aus kirchlichen Kreisen kommenden Graswurzelbewegungen. Weniger einflussreich, aber symbolisch bedeutsam waren dabei Basisbewegungen aus dem globalen Süden, darunter die ihre Rechte und ihre Kultur verteidigende indigene Völker, die Landlosenbewegung Brasiliens und anderer Südländer sowie die Kampagnen gegen Staudammprojekte, Bergbaukonzerne, Palmölplantagen etc. Ein Teil dieser Gruppen war in dem Netzwerk Peoples' Global Action präsent (Maiba 2005).

Eine mehr oder weniger explizite Kritik am „Turbokapitalismus“ (Luttwak 1999) spielte in allen diesen Gruppen eine Rolle, verstand sich aber nur teilweise als dezidierter Antika-

pitalismus, den die Radikalen für die gesamte Bewegung vergeblich einforderten. Die pragmatische Lösung dieses internen Konflikts war die Verständigung auf einen diffuseren Nenner: die Gegnerschaft zum Neoliberalismus und allen ihn stützenden Kräfte unter Berufung auf Werte wie global justice, global solidarity und die inhaltlich vage Richtung von „alterglobalization“.

Die einige Jahre währende Hochkonjunktur der globalisierungskritischen Bewegungen ist inzwischen abgeebbt. Manche Aktivisten haben sich ernüchtert vom politischen Engagement verabschiedet; andere haben sich neu aufkommenden Bewegungen zugewandt.

Linksradikale Netzwerke

Wiederum andere linke Gruppen und Netzwerke, darunter linksradikale Autonome, Antiimperialisten und Antifa-Gruppen (für Deutschland: Haunss 2008), standen dem Mainstream der globalisierungskritischen Bewegungen von Anfang an indifferent oder skeptisch gegenüber. Sie teilten nicht den Überschwang der Massenveranstaltungen von überwiegend bürgerlich geprägten Aktivisten, sahen in den Foren zu viel Palaver, zu viel Unverbindlichkeit, zu viel Glauben und Hoffnung am Werk, geißelten „das demokratische Kasperletheater“, das der „Befriedigung der Mittelklassen“ diene.

Wie die globalisierungskritischen Bewegungen litten auch die Autonomen an einem schleichenden Prozess der Auszehrung seit ihrer Berliner Konferenz im Jahr 2005. Dies begünstigte bei ihnen, aber auch bei Mitgliedern anderer linksradikaler Kreise einen politischen Zynismus gegenüber Linken, die sich mit der Idee der Zivilgesellschaft anfreundeten. Andere aus dem Umfeld autonomer Gruppen, die Ghettobildung und die Gewaltrituale im eigenen Lager kritisierend, öffneten sich dagegen den globalisierungskritischen Gruppen und nachfolgenden neuen Mobilisierungen. Das gilt beispielsweise für die Interventionistische Linke, die den Kontakt mit attac, linken Gewerkschaftern und linken Jugendverbänden sucht. Sie fand beispielsweise im Blockupy-Bündnis, das sich vor allem der Kritik an

den Großbanken und der staatlichen Austeritätspolitik verschrieben hat, einen neuen Aktionsrahmen. Im Gegensatz zu den „klassischen“ Autonomen konnten die sich damit teilweise überschneidenden Antifa-Gruppen aufgrund der anhaltenden rechtsradikalen Aktivitäten und des Aufkommens von Rechtspopulisten ihr Aktivitätsniveau steigern. Aber sie bleiben rein quantitativ nach wie vor marginal.

Occupy, Indignados, Nuit debout

Teilweise inspiriert durch die 2010 einsetzenden Massenproteste und Rebellionen in einigen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens kam es auch in mehreren westlichen Ländern zu einer Welle von Protesten, die mit Stichworten wie Occupy und Indignados verbunden werden (Kraushaar 2012; Mörtenböck/Mooshammer 2012). Ein äußeres Merkmal dieser Protestbewegungen war die Besetzung öffentlicher Plätze. Derartige Vorgänge fanden eine große mediale Beachtung. Ein inhaltlicher Schwerpunkt dieser Bewegungen bestand darin, mehr soziale Gerechtigkeit, somit auch eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu fordern und in diesem Zusammenhang das neoliberale Programm zu attackieren. In das Zentrum der Kritik rückten damit global agierende Großkonzerne und Banken sowie für deren Interessen förderliche staatliche Politiken, denen die Interessen von 99 Prozent der Bevölkerung entgegen gestellt wurden („We are the 99 %“). In den meisten Dokumenten der Bewegung, so auch in der „Erklärung der Besetzung von New York City“ (siehe Kraushaar 2012: 77-80), finden sich zwar viele Anklagen; das Wort Kapitalismus wird allerdings vermieden. Ein zweiter inhaltlicher Schwerpunkt war die Forderung nach einer authentischen, diskursiv ausgerichteten Demokratie in Abgrenzung zur von etablierten Parteien kontrollierten repräsentativen Politik. Nach innen hin sollte dieser Anspruch in radikaler Form praktiziert werden, indem jegliche Form der Repräsentation abgelehnt wurde („jede/r kann nur für sich sprechen“). Dieses egalitäre und partizipative Politikverständnis wurde von allen Occupy-Aktivisten geteilt. Als

gesamtpolitische Forderung („Echte Demokratie Jetzt“) spielte es insbesondere in der spanischen 15-M-Bewegung (abgeleitet von der ersten Platzbesetzung in Madrid am 15. Mai 2011) eine herausgehobene Rolle. Eine Konsequenz dieser egalitären Ausrichtung war für die Occupy-Gruppen in Deutschland, keine Allianz mit linken Organisationen wie attac oder Gewerkschaften einzugehen, weil diese als hierarchisch und zu sehr den etablierten Politikformen verpflichtet wahrgenommen wurden.

Ein jüngster Ausläufer der Occupy-Bewegung ist die mit dem Namen „Nuit debout“ (frei übersetzt: Nachts auf den Beinen) verbundene Protestwelle, die aus dem unmittelbaren Anlass eines restriktiven Gesetzes zur Arbeitsmarktreform in Frankreich entstand, jedoch in ihren Forderung bald darüber hinausging und eine grundsätzliche Dimension annahm. Wie die vorausgehenden Occupy-Proteste weist auch diese Bewegung ausgeprägte spontaneistische und egalitäre Züge auf. Sie wird vor allem von Jugendlichen und jungen Erwachsenen getragen, die nicht nur über die herrschenden Verhältnisse empört sind, sondern offensichtlich das enthusiastische Gemeinschaftserlebnis der „Moments of Madness“ (Zolberg 1972) suchen. Sie werden inzwischen auch durch Aktionen radikaler Gewerkschafter unterstützt.

Kapitalismuskritik ist allen diesen Protesten immanent, wird jedoch kaum als expliziter Antikapitalismus artikuliert. Vielmehr findet sich eher eine unbestimmte kritische Bezugnahme auf „das System“, „den Neoliberalismus“, „die etablierte Politik“, „die politische Klasse“ usw., parallel dazu oftmals auch einen positiven Rekurs auf die Idee von Zivilgesellschaft bis hin zur Etikettierung bzw. Selbststilisierung der Occupy-Aktivist:innen als „die“ Zivilgesellschaft (Solnit 2011). Das Interesse an Theorie einschließlich der sozialistischen Klassiker aller Art ist schwach, zudem besteht eine große Distanz gegenüber der in herkömmlichen Bahnen organisierten Linken. Der jugendliche Schwung dieser Bewegungen hat offensichtlich auch prominente Linke in seinen Bann gezogen, angefangen von der Bürgerrechtlerin Angela Davis über die feministische Theoretikerin

Judith Butler bis hin zu dem anarchistischen Theoretiker David Graeber. Für sie entwickelte sich Occupy, sei es in New York, London oder Berlin, zu einer Art Wallfahrtstätte.

Es ist auffallend, wie stark das Moment der *politischen Form* in der Frontstellung von „alt“ und „neu“ betont wird. Die teilweise dogmatische Fixierung auf freie Diskussion, absolute Informalität und Konsensprinzip hat vielfach zu einer Selbstlähmung durch endlose und folgenlose Palaver geführt. Selbst eine politische Partei wie die spanische Podemos, die aus der 15-M-Bewegung hervorgegangen ist, wird qua ihrer Form von vielen bewegungsaffinen Aktivist:innen abgelehnt.

Kapitalismuskritik von Rechts

Dass Kapitalismuskritik kein Monopol der Linken ist, zeigte sich erneut in den letzten Jahren und Jahrzehnten. In rechtsradikalen und neonazistischen Kreisen ist diese Kritik gang und gäbe (Stöss 2008) und hat dort eine völkisch-nationalistische Grundierung. Im schillernden rechtspopulistischen Lager äußert sie sich verhaltener, beispielsweise in einer strikten und undifferenzierten Ablehnung von Globalisierung sowie in verschwörungstheoretischen Hinweisen auf die Macht des jüdischen Finanzkapitals oder die Weltherrschaft der US-amerikanischen Federal Reserve Bank. Eine deutsche Besonderheit ist der verspätete, aber dafür umso raschere Aufstieg des bewegungs- wie auch parteiförmigen Rechtspopulismus, der im Zeichen der sog. Flüchtlingskrise eine zusätzliche Sprengkraft gewonnen hat.

Eine pauschale Charakterisierung dieser Kreise als antikapitalistisch wäre aus mehreren Gründen unangemessen. Zum einen spielt dort Kapitalismuskritik als Systemkritik keine herausragende Rolle. Vorherrschend ist vielmehr die Distanz gegenüber allen Eliten unter Einschluss des ökonomischen Sektors, also eine primär moralisierende Kritik an Personenkreisen und weniger eine Kritik an systemischen Strukturen. Zweitens gibt es innerhalb rechtspopulistischer Kreise, zum Beispiel in der Führungsriege der AfD, dezidiert prokapitalistische und neoliberale Positionen.

Insgesamt ist somit Kapitalismuskritik für den heutigen Rechtspopulismus nicht konstitutiv.

Vielmehr stehen die Verteidigung nationaler Interessen, das Misstrauen gegenüber der politischen Klasse, die Abwehr des kulturell Fremden, die Durchsetzung eines als authentisch und homogen gedachten Volkswillens im Vordergrund. Die derzeitigen Diskussionen um eine „Querfront“, also eines strategischen Bündnisses linker und rechter Radikalen (Storz 2015), überschätzen sowohl die Größenordnung als auch die inhaltlichen Gemeinsamkeiten dieses Potenzials. Nicht eine ausformulierte Kapitalismuskritik, sondern eher ein Unbehagen mit dem „System“, mit „denen da oben“ bilden einen diffusen gemeinsamen Nenner, der durch relativ wenige publizistisch tätige politische Unternehmer vom Schlage eines von linksaußen nach rechtsaußen gewanderten Jürgen Elsässer beschworen wird, aber nicht für gemeinsame und relevante Protestkampagnen taugt.

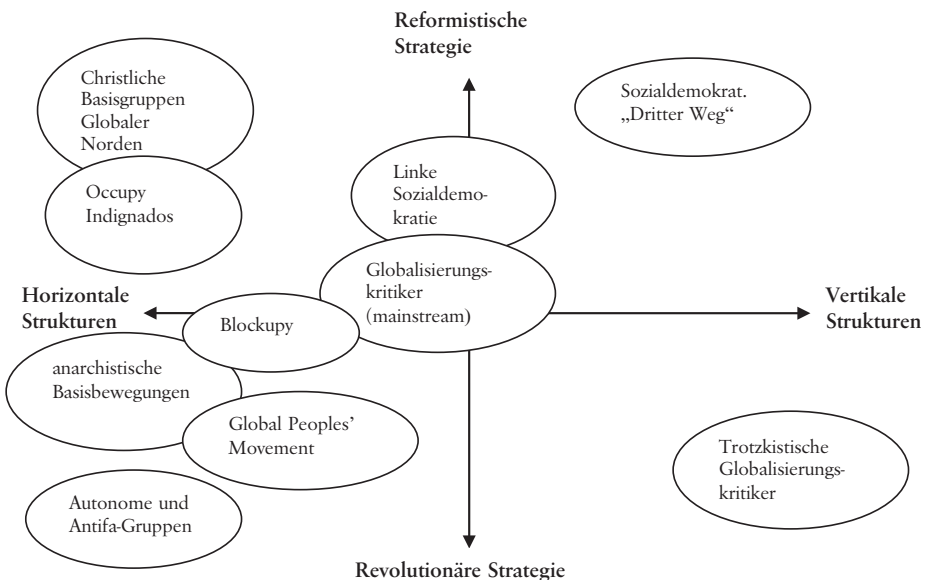
Die meisten der genannten Gruppierungen und Strömungen lassen sich wiederum in dem

in Teil 1 eingeführten Koordinatensystem lokalisieren (siehe Abbildung 2). Auffällig ist dabei die Konzentration von Gruppierungen in der linken Hälfte der Abbildung, was eine Präferenz für horizontale Strukturen anzeigt, die auch innerhalb des reformistischen Lagers geteilt wird. Diese Abwendung von vertikalen, hierarchischen Strukturen und die fundamentale Politisierung der Formen von Politik ist einer der markantesten Trends innerhalb des linken kapitalismuskritischen Lagers der letzten beiden Jahrzehnte (siehe auch della Porta 2015: Kap. 5). Es ist wohl auch diese Richtungsverschiebung, die insbesondere jüngere Menschen anspricht und von ihnen besonders offensiv vertreten wird.

4 | Kapitalismuskritik und Zivilgesellschaft

Im neuzeitlichen, bürgerlich-liberalen Verständnis fungierten prokapitalistische Kräfte als Wegbereiter einer Zivilgesellschaft, die sich dem Staat als ein Korrektiv entgegenstellte und

Abbildung 2: Die Verortung neuerer linker kapitalismuskritischer Strömungen



sich von ihm ökonomisch emanzipieren wollte. In dieser Konstellation war Kapitalismuskritik unvereinbar mit der Idee von Zivilgesellschaft. Das galt sowohl für die rückwärts gerichtete Kapitalismuskritik der Vertreter der alten, ständisch-feudalen Ordnung als auch für die nach vorne, in Richtung einer sozialistischen Gesellschaft drängende Kapitalismuskritik – zumal wenn diese als stringenter Antikapitalismus auftrat. Das Ziel einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die zum Kommunismus führende Etappe einer Diktatur des Proletariats und die Strategie einer gewaltsamen revolutionären Erhebung sind nicht kompatibel mit dem bürgerlich geprägten Modell des Besitzindividualismus (McPherson 1962) samt dem bis heute betonten zivilgesellschaftlichen Wertekanon von Toleranz, Mäßigung, Kompromissbereitschaft und Gewaltfreiheit.¹ Kein Wunder also, dass die Mehrheit der Kapitalismuskritiker des 19. und 20. Jahrhunderts mit der bürgerlich-liberalen Idee von Zivilgesellschaft wenig anzufangen wusste. Allenfalls bemühte sie liberale politische Freiheits- und Schutzrechte, wenn es darum ging, Handlungsspielräume für Kritik und Opposition zu wahren.

Die prinzipielle Unvereinbarkeit von Kapitalismuskritik und Zivilgesellschaft besteht weiterhin für den strikten Antikapitalismus. Jenseits dessen, im Spektrum der moderateren und insbesondere auf Reformen setzenden Kapitalismuskritik, hat sich jedoch in den letzten Jahrzehnten ein bedeutsamer Wandel vollzogen. Impulsgeber dafür waren vor allem die von bürgerlichen Mittelschichten geprägten neuen sozialen Bewegungen. Nun erschienen Kapitalismuskritik und Zivilgesellschaft als miteinander vereinbar. Darüber hinausgehend wird Kapitalismuskritik – vor allem im Rahmen globalisierungskritischer Bewegungen – unter Berufung auf zivilgesellschaftliche Ordnungs- und Wertvorstellungen formuliert und kann sogar in Grenzfällen zum Mittel zivilen Ungehorsams greifen, um Menschen- und Bürgerrechten weltweit Geltung zu verschaffen, ökonomische Macht zu begrenzen, sozialstaatliche Leistungen zu sichern und Hunger und Elend vor allem im globalen Süden zu lindern.

Im Namen eines veränderten Verständnisses von Zivilgesellschaft wird das doppelte Prinzip der freien ökonomischen Konkurrenz und der auf Eigentum gründenden Zugehörigkeit², das der bürgerlich-liberalen Idee von Zivilgesellschaft inhärent war, abgelehnt, rückt zumindest in den Hintergrund. An seine Stelle tritt ein stärker humanistisch denn sozialistisch geprägtes Solidarprinzip, wie es insbesondere in Forderungen und Proklamationen einer globalen Zivilgesellschaft zum Ausdruck kommt, die der neoliberalen Ausprägung des Kapitalismus entgegen tritt.

Die im Entstehungskontext der Vereinten Nationen ursprünglich als Restkategorie definierten Nichtregierungsorganisationen sind mittlerweile zu Promotoren und Trägern eines strukturell wie inhaltlich gewandelten Konzepts von Zivilgesellschaft avanciert. In struktureller Hinsicht bilden nicht-ökonomisch tätige gesellschaftliche Akteure den Kern von Zivilgesellschaft, während kapitalistische Akteure teilweise als Umwelt von Zivilgesellschaft³, teilweise sogar als eine Kraft wahrgenommen werden, die die Zivilgesellschaft bedroht. Darauf reagieren ökonomische Akteure mit werbestrategisch angelegten Konzepten wie Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship.

In inhaltlicher Hinsicht hat sich das historische Konzept von Zivilgesellschaft insofern gewandelt, als statt der vormals zentralen Abwehrrechte gegenüber Staatseingriffen die Anspruchsrechte an den Staat im Vordergrund stehen. Das gilt nicht nur für individuelle Ansprüche auf sozialstaatliche Sicherung, sondern auch für Ansprüche auf gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt und auf die Einhegung ökonomischer Macht. Damit verändert sich die Beziehung von Staat und Zivilgesellschaft. Zivilgesellschaftliche Akteure treten zumindest in demokratischen Systemen oft als Bündnispartner staatlicher Akteure auf, wenn es darum geht, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Solidarität im innerstaatlichen Rahmen wie auch im globalen Maßstab zu fördern. Dieses gewandelte Verständnis führt nicht zuletzt zu der Erwartung, staatliche Akteure

hätten zivilgesellschaftliches Leben durch allerlei Maßnahmen zu fördern. Kurzum: Das historische Bündnis von prokapitalistischen und prodemokratischen Kräften ist zerbrochen. Heute agieren zumindest Teile der kapitalismuskritischen linken Bewegungen im Namen eines historisch gewandelten Verständnisses von Zivilgesellschaft.

5 | Zusammenfassende Interpretation

Kapitalismuskritik, sowohl in ihrer reformistischen Ausformung als auch als entschiedener – teilweise eine revolutionäre Strategie propagierender – Antikapitalismus, war und ist eine Domäne der politischen Linken; sie findet sich aber auch, wenngleich meist verhaltener und eher in Andeutungen, im rechtspopulistischen und, weitaus deutlicher, im rechtsradikalen Spektrum.

Im Gesamtbild war die linke Kapitalismuskritik bis in die 1970er Jahre stark an theoretischen Bezugspunkten (von Marx bis Mao), übergreifenden Konzepten (wie Imperialismus,

Kolonialismus, Klassenanalyse) und objektiven Gesetzmäßigkeiten (u. a. Zusammenbruchstheorien) orientiert. In ausgefeilter Form wurde diese Kritik vorwiegend von Intellektuellen formuliert, war aber in popularisierter Form auch bei Teilen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften präsent. Nach den enttäuschten Hoffnungen auf die Reformfähigkeit des realen Sozialismus in Osteuropa wurden nach und nach auch die Hoffnungen auf die sozialistischen Experimente in Ländern der Dritten Welt (in Lateinamerika von Cuba über Nicaragua bis zu Venezuela, in Afrika vor allem Angola) begraben. Zugleich haben sich das theoretische Interesse und das damit verbundene Vokabular in den letzten Jahrzehnten weitgehend verflüchtigt.

An die Stelle abstrakter Kapitalismusanalysen, die mit Beispielen konkreter Missstände garniert wurden, die dem Kapitalismus als immanent zugeschrieben wurden, ist die Auflistung globaler und sich auf viele gesellschaftliche Bereiche erstreckender Missstände und Fehlentwicklungen getreten. Nur teilweise



werden diese Entwicklungen als Folge des Kapitalismus gedeutet, teilweise aber auch in diffuserer Weise als Ergebnis von Globalisierungsprozessen, der Dominanz neoliberaler Wirtschaftspolitik und/oder einer ungezügelter Habgier interpretiert. Politökonomische Analysen, auch marxistische Interpretationen gegenwärtiger linker Bewegungen, sind eine Sache weniger Spezialisten.⁴ Dagegen hat in weiten Teilen der Bevölkerung ein diffuses Unbehagen an den herrschenden politischen und ökonomischen Strukturen Fuß gefasst.

Objektive Entwicklungen wie die wachsende Schere zwischen Arm und Reich, die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, wachsende Staatsverschuldung, die globale Finanzkrise, die anschwellenden Flüchtlingsströme und eher düstere Perspektiven für kommende Generationen bestärken den Eindruck, dass es so nicht weitergehen kann, ohne dass selbst die Mehrheit innerhalb des linken Spektrums in der Beseitigung des Kapitalismus das Allheilmittel sehen würde. Allerdings hält man im linken Lager, dem Slogan der Globalisierungskritiker folgend, eine andere Welt für möglich. Aber nur noch wenige teilen die Gewissheit des „Kommenden Aufstands“ (Unsichtbares Komitee 2010) in Form eines revolutionären, mit Blutzoll verbundenen Sturms auf die kapitalistischen Bastionen, in dessen Folge dann alles anders und besser würde.⁵

Doch die Empörung ist gewachsen, und mit ihr das Verständnis für die Indignados (bis hin zu deren huldigender Anerkennung durch einen „bürgerlichen“ Stéphane Hessel oder einen „altlinken“ Noam Chomsky). Protest, auch in seiner kapitalismuskritischen Variante, wird als eine legitime, relevante und oft auch rationale Kategorie der Intervention im öffentlichen Raum anerkannt. Verbunden damit ist eine Rehabilitierung, aber auch Umdeutung der Idee von Zivilgesellschaft in den westlichen Ländern: Rehabilitierung insofern, als die Gleichsetzung von öffentlichen und staatlichen Angelegenheiten in Frage gestellt und demokratische Organisation nicht nur als Mittel zum Zweck gesehen wird; Umdeutung insofern, als heute, anders als im lange

nachwirkenden Verständnis der schottischen Moralphilosophen des späten 18. Jahrhunderts, die kapitalistischen Wirtschaftsakteure nicht mehr als eine emanzipatorisch wirkende Säule der Zivilgesellschaft gelten, sondern als eine entfesselte Kraft, die es zu zivilisieren gilt. Diese Sichtweise reicht inzwischen über den Kreis derer hinaus, die sich als kapitalismuskritisch verstehen.

Dieter Rucht, em. Professor für Soziologie, war bis Mitte 2011 am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung in Berlin und an der Freien Universität tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte sind politische Partizipation, politischer Protest und soziale Bewegungen. Seit 2012 ist er Vorsitzender des Vereins für Protest- und Bewegungsforschung, aus dem 2015 das unabhängige Institut für Protest- und Bewegungsforschung hervorging.

Kontakt: dieter.rucht@wzb.eu

Anmerkungen

¹ Hierüber besteht weitgehend Einigkeit. Frank Adloff verweist auf „zivile Verhaltensstandards wie Toleranz, Verständigung, Gewaltfreiheit, aber auch Gemeinsinn“ (2005: 8) und betont sich stabilisierende Muster von Freiwilligkeit und sozialer Verpflichtung als „Form der Solidarität, die auf einen reziproken Muster von Geben und Nehmen beruht“ und sich somit als „etwas fundamental anderes als ein ökonomischer Tausch“ darstellt (ebd., S. 154). Jürgen Kocka spricht von einem Typus sozialen Handelns, der „(1) auf Konflikt, Kompromiss und Verständigung in der Öffentlichkeit ausgerichtet ist, (2) individuelle Selbstständigkeit und gesellschaftliche Selbstorganisation betont, (3) Pluralität, Differenz und Spannung anerkennt, (4) gewaltfrei, friedlich verfährt und (5) jedenfalls auch in allgemeinen Dingen orientiert ist, ..., sich für das allgemeine Wohl engagiert“ (Kocka 2004: 33). Alexander schlägt den Begriff *civil sphere* als eine Alternative zu Zivilgesellschaft vor. Er versteht darunter „a solidarity sphere, in which a certain kind of universalizing

community comes to be culturally defined and to some degree institutionally enforced“ (Alexander 2006: 31).

- ² „When the property for the protection of which men enter civil society is taken to be life, liberty, and estate, all men (except slaves) are eligible for membership; when it is taken to be goods or estate only, the only men who possess them are eligible. Locke takes it both ways, without any consciousness of inconsistency.“ (MacPherson 1962: 248)
- ³ Dieses Verständnis hat sich sogar in Institutionen wie der EU durchgesetzt. Im „Weissbuch Europäisches Regieren“ werden zwar auch Arbeitgeberverbände, nicht jedoch einzelne Unternehmen als Bestandteil von Zivilgesellschaft angesehen (Kommission 2001: 19).
- ⁴ Cox/Nilsen (2014: vii) beklagen „the feebleness of existing Marxist theorisations of popular agency“ und wollen dem durch eine „critical realist‘ perspective“ (ebd., S. ix) begegnen. Diese Perspektive heben die Autoren reichlich pauschal und ohne konkrete Diskussion von den sog. „academic social movement studies“ ab, die sich „the luxury of waiting for monster research programmes“ (ebd., S. 180) leisten können.
- ⁵ In der zitierten Schrift heißt es bewusst doppeldeutig: „Es gibt keinen friedlichen Aufstand. Waffen sind notwendig: Es geht darum, alles zu tun, um ihren Gebrauch überflüssig zu machen.“ (ebd., S. 105) Umso erstaunlicher waren anerkennende Rezensionen in der SZ und FAZ, die mehr auf den Stil als auf den Inhalt des Buches eingingen.

Literatur

- Adloff, Frank 2005: Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis, Frankfurt/M.: Campus.
- Alexander, Jeffrey C. 2006: The Civil Sphere. Oxford: Oxford University Press.
- Bieligk, Fritz et al. 1967 [1931]: Die Organisation im Klassenkampf. Frankfurt/M.: Neue Kritik.
- Bollmann, Ralph 2016: Alternative für Antikapitalisten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.3.2016: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/afd-und-das-misstrauen-gegen-den-kapitalismus-14134905.html>
- Callinicos, Alex 2004: Ein Anti-Kapitalistisches Manifest. Hamburg: VSA.
- Cox, Laurence/Nilsen, Alf Gunvald 2014: We Make Our Own History. Marxism and Social Movements in the Twilight of Neoliberalism. London: Pluto Press.
- Crouch, Colin/Pizzorno, Alessandro (Hrsg.) 1978: The Resurgence of Class Conflict in Western Europe Since 1968. London: Macmillan.
- Dahrendorf, Ralf 1983: Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- della Porta, Donatella 2015: Social Movements in Times of Austerity. Cambridge/UK: Polity Press.
- Desai, Meghnad/Said, Yabia 2001: The New Anti-Capitalist Movement: Money and Global Civil Society. In: Helmut Anheier et al. (Hrsg.), Global Civil Society. Oxford: Oxford University Press, 51-78.
- Dutschke, Rudi/Krahl, Jürgen 1967: Das Sich-Verweigern erfordert Guerilla-Mentalität (Organisationsreferat auf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS, September 1967): <http://www.glasnost.de/hist/apo/67dutschke.html>
- Giddens, Anthony 1997: Jenseits von Links und Rechts (orig. 1994). Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Global Red 2001: Globalisierung, Antikapitalismus und Krieg. Ursprünge und Perspektiven einer Bewegung. Berlin: Verlag Mitterhauser.
- Hank, Rainer 2003: Konvergenz oder Divergenz. Führt der Kapitalismus zu mehr Ungleichheit in der Welt? In: Merkur, Jg. 57, Heft 9/10, 815-824.
- Haunss, Sebastian 2008: Antiimperialismus und Autonomie – Linksradikalismus seit der Studentenbewegung. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/M.: Campus, 447-473.

Hessel, Stéphane 2010: *Empört Euch!* Ullstein: Berlin.

Herzinger, Richard 2003: Kapitalismus als Ethos. In: *Merkur*, Jg. 57, Heft 9/10, 747-757.

Juris, Jeffrey S. 2005: Social forums and their margins: networking logics and the cultural politics of autonomous space. In: *Ephemera*, Jg. 5, Heft 2, 253-272.

Kocka, Jürgen 2004: Zivilgesellschaft in historischer Perspektive. In: Ralph Jessen/Sven Reichardt/Ansgar Klein (Hrsg.), *Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert*. Wiesbaden: VS, 29-42.

Koenen, Gerd 2001: *Das rote Jahrzehnt: Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001: *Europäisches Regieren. Ein Weissbuch*. Brüssel: EU-Kommission.

Kraushaar, Wolfgang 2012: *Der Aufruhr der Ausgebildeten. Vom Arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung*. Hamburg: Hamburger Edition.

Luttwak, Edward 1999: *Turbokapitalismus. Gewinner und Verlierer der Globalisierung*. München: Europa Verlag.

MacPherson, Crawford Brough 1962: *The Political Theory of Possessive Individualism*. Oxford: Oxford University Press.

Maiba, Hermann 2005: Grassroots Transnational Social Movement Activism: The Case of Peoples' Global Action. In: *Sociological Focus*, Jg. 38, Heft 1, 41-63.

McNally, David 2006: *Another World is Possible: Globalization and Anti-Capitalism*. Winnipeg: Arbeiter Ring.

Misik, Robert 1999: Philosophen, die die Welt nicht verändern. Der »dritte Weg« und die Bescheidenheit der Politik. In: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 5 (Mai), 447-448.

Mörtenböck, Peter/Mooshammer, Helge 2012: *Occupy. Räume des Protests*. Bielefeld: transcript.

Robinson, William 2014: *A Theory of Global Capitalism: Production, Class and State in a Transnational World*. Baltimore/MD: Johns Hopkins University Press.

Rucht, Dieter 2004: Kapitalismuskritik im Namen der globalisierungskritischen Zivilgesellschaft – alter Wein in neuen Schläuchen? In: Gosewinkel, Dieter/Rucht, Dieter/van den Daele, Wolfgang/ Kocka, Jürgen (Hrsg.): *Zivilgesellschaft – national und transnational*. WZB-Jahrbuch 2003. Berlin: Sigma, 411-433.

Rucht, Dieter 2011: Social Forums as Public Stage and Infrastructure of Global Justice Movements. In: Smith; Jackie et al. (Hrsg.): *Handbook on World Social Forum Activism*. Boulder/London: Paradigm, 11-28.

Rucht, Dieter 2013: Aufstieg und Fall der Occupy-Bewegung. In: Sonntag, Karlheinz (Hrsg.): *E-Protest: neue soziale Bewegungen und Revolutionen*. Heidelberg: Universitätsverlag Winter, 111-135.

Solnit, Rebecca 2011: *Occupy Wall Street: Civil society's awakening*. Los Angeles Times vom 22.11.2012. <http://articles.latimes.com/2011/nov/22/opinion/la-oe-solnit-ows-20111122>

Stöss, Richard 2008. *Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum Nr. 9 (neu)*. Berlin: Freie Universität Berlin: http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_08/Stoess-Kapitalismuskritik.pdf

Storz, Wolfgang 2015: „Querfront“ – Karriere eines politisch-publizistischen Netzwerks. OBS-Arbeitspapier 18. Frankfurt am Main: Otto-Brenner-Stiftung (Korrigierte Fassung, Stand 19. Oktober 2015): https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AP18_Storz_2015_10_19.pdf

Unsichtbares Komitee 2010: *Der kommende Aufstand* (orig. 2007). Hamburg: Edition Nautilus.

Zolberg, Aristide R. 1972: Moments of madness. In: *Politics & Society*, Jg. 2, Heft 2, 183-207.